

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden.
Raden & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verantwortl. Redakteur:
Herrn K. K. K.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alte Stadt

Preis: 10 Pf. monatlich. Einzelnummer 12 Pf. — W. durch die Post
bezogen monatlich 280.— Pf., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
300.— Pf., Einzelnummer 12.— Pf., Sonntagsnummer 15.— Pf.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 Spaltenne Nonpareilzeile 25.— Pf., die 8 Spaltenne
Nonpareilzeile 30.— Pf., Ausland 100 und 200 Pf. Bei mehrmaliger Aufnahme
ermäßigung. Familienangelegen, Gesellen- und Mietgeschäfte 25 Pf. Abh. Abh.
Ohne Verpflicht. zur Aufnahme an bestimmten Tagen. Für Briefverleger 3 Pf.

Nr. 260

Dresden, Dienstag den 7. November 1922

33. Jahrg.

Herrn Blüher's Parteiblatt

Wollte man rückwärtig das Niveau betrachten, auf dem sich die bürgerlichen Parteien während des verflochtenen Wahlkampfes bewegten, so müßte man zunächst ihre Presse befragen und bei den Dresdner Neuesten Nachrichten anfangen, die mit der fetten Zeile „Die Abschaffung des lieben Gottes!“ einen Reford demagogischen Gebührens aufstellten, den die andern vergeblich zu brechen suchten. Aber sie alle haben ja mit dem 5. November ihren Lohn dahin, und es erscheint uns nur notwendig, einige Worte zur Geltung des Dresdner Anzeigers zu sagen. Nicht etwa, weil es ein besonderes Vergnügen wäre, sich mit ihm zu beschäftigen, sondern weil er eine Angelegenheit des Dresdner Rates und damit bis zu einem gewissen Grade eine Angelegenheit der Dresdner Einwohnerschaft ist.

Am Donnerstag erschien im Dresdner Anzeiger ein Artikel, in dem Herr Dr. Blüher sein Wahlversprechen gegen die sächsische Regierung von Stapel ließ. „Sozialistische Parteibroschüre“ — „religiöser Antiklerikalismus“ — „das sächsische Volk auseinander reißen“ und so weiter. Was soll man von einem Volksparteiler Gründlicher erwarten. Aber die Versetzungen waren dort so dick aufgetragen und für einen Dresdner Oberbürgermeister derart peinlich, daß man solche Stelle um etwas mehr Wahrheitsliebe oder politische Sachkenntnis — bitte wählen Sie, Herr Blüher! — erlauben muß. Die oberbürgermeisterliche Leistung war so, daß sich die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei veranlaßt sah, dem Dresdner Anzeiger im Auftrag der Regierung eine Erwiderung zugehen zu lassen. Das wußte Herr Blüher, der den Artikel und seine Seiten hatte jedoch nicht das Maß von Sachlichkeit, die Erwiderung sachgemäß zu bringen; ebenso fehlte bis heute der Dresdner Oberbürgermeister, der den Artikel der Loyalität zu nötigen. Wie drückten den Artikel am Sonnabend in seinen wichtigsten Teilen — der Anzeiger begnügte sich mit einem Auszug, der kaum ein Drittel des Artikels umfaßte. Und hing eine Entgegnung von beinahe gleicher Länge daran. Über der Form reichte dem Anzeiger nicht aus, um seinen Lesern von dieser hochnisigen Entstellung, Vertuschung und diesen Unterschätzungen Mitteilung zu machen. Vor allem unterschlug das Blatt, was Herr Dr. Blüher und Seinesgleichen als politische Feindschaft entlarvte, weshalb wir diese Stelle noch einmal herholen:

So behauptet Herr Blüher, an Stelle der Regierungspolitik sei der Klassenkampf gesetzt worden. Diese Behauptung mutet besonders merkwürdig an, wenn sie von einem Manne kommt, der im alten Deutschland nicht das geringste gegen die Klassenwahlrechte getan hat, mit denen damals die Herrschaft einer konservativen Minderheit aufrecht erhalten wurde. Heute bestreitet niemand mehr, daß das Drei-Klassen-Wahlrecht in Preußen wie das Klassenwahlrecht in Sachsen eine Verwässerung der breiten Schichten des Volkes war. Was haben denn die Volksparteiler, die früheren Nationalverbände, was hat Herr Blüher im alten Deutschland getan, um die konservative Klassenherrschaft, die damals zum Mittelpunkt der Regierungspolitik geworden war, zu befechtigen? Die sächsische Regierung kann, was Herr Blüher auch gegen sie einzuwenden haben mag, von sich sagen, daß sie sich erheblich mehr auf den Reichswahlwillen des Volkes gründete, als alle sächsischen Regierungen, die vor der Novemberrevolution bestanden. Die sächsische Regierung darf auch von sich sagen, daß sie getan hat, was in ihrem Kräftestand, um diesem Reichswahlwillen des Volkes Ausdruck zu verleihen. Dazu war notwendig eine Demokratisierung der Verwaltung, wie sie oben geschildert worden ist. Will Herr Blüher angesichts dieser schmerzlichen Geschichte Bestellungen beibringen, daß es höhere Punkte gab, die die Regierung beleidigten und ihre Anordnungen sabotierten?

Der Dresdner Anzeiger ist kein Privatunternehmen, sondern eine Angelegenheit der Stadt Dresden; er wird aus der Staatskassa gespeist und soll keiner Partei dienen. Er hat jedoch auch bei dieser Gelegenheit bewiesen, daß er die Sozialdemokratie in gebührender, einseitig-parteilich-über Weisheit bespöttelt; er ist in entscheidenden Stunden das Sprachrohr eines volksparteilichen Führers, der sich als Oberbürgermeister dazu berufen fühlt, Vertreter des höchsten Teiles der Bürgerschaft wie der Dresdner Bevölkerung in schäfflicher, demagogischer Weise zu beschämen und herabzusetzen. Als widerwärtiger Umstand mag zugegeben werden, daß Herr Dr. Blüher das Rüstzeug zu einem ehrlichen politischen Kampfe schließt und daß ein Schein eben nicht mehr geben kann als er hat. Aber braucht sich deshalb die Dresdner Bevölkerung, gefallen lassen, daß das Amtsblatt zum Abladung für Blüher'schen Schmutz betrocknet wird? Weiter: muß es sich die Öffentlichkeit büssen lassen, daß sich das Blatt jeder Weisheit, eine Erwiderung der Angriffe, eine Widerlegung, die die Andeutungen des stärkeren Teiles der sächsischen Bevölkerung vertritt, zu verweigern und in wesentlichen Teilen zu unterschlagen?

Die Mehrheit unserer Stadt darf sich nicht nur eine solche Zurücksetzung verbitten, sondern sie muß auch darauf dringen, daß dies mit Geldern der Staatskassa unterhölet Platz von Volksparteilichem nicht zu Parteizwecken mißbraucht wird, die den Stillschließungen widersprechen. Da der Dresdner Oberbürgermeister offenbar nicht ganz unerschrocken an andere Stelle darüber geredet und nebenbei festgestellt werden müssen, was davon zu halten ist, wenn der Dresdner Anzeiger den andern mit pastoralen Phrasen politischen Anstand, Sachlichkeit und gute Sitten predigt.

Die deutschen Vorschläge

Die Vorschläge der Reichsregierung an die Reparationskommission werden vorläufig weder in Berlin, noch in Paris im Wortlaut veröffentlicht. Inhaltlich besagen sie, daß die Reichsregierung eine Stabilisierung der Mark für unbedingt notwendig erachtet, um die Reparationsverpflichtungen später erfüllen zu können und um das Vertrauen des Auslandes wiederzugewinnen. Die Regierung schlägt deshalb der Reparationskommission vor, sich mit einem internationalen Finanzkonjunktium in Verbindung zu setzen, das zusammen mit der Reichsbank eine Anleihe von 500 Millionen Goldmark zu Stabilisierungszwecken aufnehmen soll. Als Sicherheitsleistung für eine äußere Anleihe bietet die Reichsregierung der Reparationskommission neben finanziellen Einnahmen u. a. bestimmt umgrenzte Auffichtsrechte an, die keine Einschränkung der Souveränität der Reichsregierung bedeuten. Das Kapitel über die von Deutschland zu leistenden Sicherheiten nimmt den Hauptteil des Manuskripts in den Vorschlägen ein. Vorausgesetzt, daß die äußere Anleihe zustande kommen, ist die Reichsregierung bereit, auch im Innern Maßnahmen zu treffen, die sich im wesentlichen in unsern Forderungen gegen die Währungsstabilisierung anfüßigen sollen. Sie verpflichtet sich, vorläufig einen Ausgleich des Budgets vorzunehmen und zu weiteren wirtschaftspolitischen Maßnahmen im Innern zu schreiben. Ueber den Eindruck, den die recht knapp gehaltenen Vorschläge gemacht haben sollen, liegen auffallend widersprüchliche Meldungen vor. Während man aus Paris meldet, daß die Reparationskommission von den deutschen Plänen durchaus nicht befreit ist und die Lage für Deutschland als äußerst kritisch betrachtet, wird, wie uns zuverlässig mitgeteilt worden ist, bei den in Berlin weilenden maßgebenden Vertretern der Reparationskommission die Situation nicht so kritisch betrachtet. Selbst hervorzuheben Vertreter der alliierten Staaten in Berlin bezweifeln die Pariser Meldungen als übertrieben und hoffen auf eine enghaltige Verständigung mit der Reichsregierung, trotzdem sie kein Hehl daraus machen, daß die deutschen Pläne längst nicht konstant genug gefaßt sind und eine Erweiterung erfahren müssen.

Die Pariser Zeitungen vom Montag sprechen übrigens auch von einem Gegenstand Hermes-Wirth, deuten sogar die Möglichkeit einer baldigen innerpolitischen Krise an und verweisen darauf, daß die „Industriellen-Partei“ einen vollständigen Reparationsplan ausgearbeitet haben soll. In Paris mag man demnach nicht richtig ist, daß über die der Reparationskommission ausgearbeiteten Vorschläge zwischen dem Reichskanzler und dem

Reichsfinanzminister keine Differenzen bestehen. Die Bestimmtheit, mit der man hier der deutschen Industrie eine besondere Erfüllungspaktion unterstellt, läßt auf die Absicht der gegenseitigen Beziehungen ohne weiteres schließen. Da der Reichsverband der Industrie — wie uns auf Anfrage ausdrücklich berichtet wurde — von dem angeblich ausgearbeiteten Reparationsplan nichts weiß, kann dieser nur in den Köpfen oder in der Phantasie einzelner Schwerindustrieeller existieren, die bisher jede Stabilisierung der Mark zu hintertreiben versucht haben. Die Schwerindustrie ist aber auch ein ausgesprochener Gegner des Kabinetts Wirth. Die Arbeitererschaft hat alle Veranlassung, auf die durch die Pariser Presse bekannt gewordenen Treibereien ihre verdächtige Aufmerksamkeit zu richten. Es ist bekannt, mit welcher Gleichgültigkeit die Industrie im Innlande den Sturz der Mark hinnahm, wie sie andererseits ungeduldig jedem Versuch zu durchgreifender Selbsthilfe des Volkes widerprochen hat, wie sie ferner gleichzeitig das Kabinet Wirth fortgesetzt bekämpfte und mit französischen Industriellen eine ganze Reihe von privaten Verträgen und Interessengemeinschaften abschloß. Jetzt scheint die Stunde gekommen zu sein, wo sie ohne Sorge um ihre moralische Heberhebung sich über die Demokratie hinwegsetzen will, indem sie das Ausland zu Hilfe ruft!

Von einer innerpolitischen Krise kann natürlich zur Stunde noch keine Rede sein. So sehr wir selbst uns jede Stellung zu dem Schicksal der Reichsregierung vorbehalten müssen, bis er in seinen Einzelheiten bekannt ist, so sehr ist die Tatsache, daß die Industrie gegen Wirth einen neuen Ansturm unternimmt und ihn dem der Schwerindustrie des Zentrums nachstehenden Herrn Hermes vorziehen möchte, geeignet, die bestehende Koalition gegen die Angriffe von rechts zusammenzufassen.

Drei Rettungswege für einen

Wir sind ja recht bescheiden geworden und würden uns freuen, wenn uns die ausländischen Sachverständigen auch nur einen Weg aus unsrer Not zeigen würden. Das scheint aber nicht so einfach zu sein: Die Herren sind sich nicht einig geworden über den Weg und haben uns statt des einen Weges gleich drei gewiesen, was im diesem Falle aber weniger als einer ist: Keynes und Professor Cassel glauben, daß erst eine gewisse Klärung in der Reparationsfrage eintreten müsse, um eine wirksame Markstabilisierung zu ermöglichen. Wiffering vertritt den Standpunkt, daß eine internationale Pönderbank zum Zwecke der Markstabilisierung gegründet werden müsse. Was der dritte vorklärt, wissen wir nicht. Jedenfalls haben wir die Auswahl. Glückliches Deutschland!

„Wozu haben wir eigentlich gewählt?“

Der Wahlausfall hat begreiflicherweise im bürgerlichen Lager eine große Enttäuschung hervorgerufen. Man hatte gehofft, das Land von der „sozialistischen Klassenherrschaft“ befreien zu können. Und nun bringt der Wahlausfall einen Stimmen- und Mandatzuwachs für die sozialistischen Parteien. Den reaktionären Wählern bleibt nichts anderes übrig, als die Niederlage offen zuzugeben. So heißt es in den deutschnationalen Dresdner Nachrichten:

Das nunmehr zu überlebende Gesamtresultat der sächsischen Landtagswahl erscheint vom Standpunkte einer christlichen bürgerlichen Politik — und nur eine solche kann zukunftsfähig und werbefähig sein — eine offene und ungeschönte Antwort auf zwei Fragen: 1. Ist das Wahlergebnis so ausgefallen, daß es die über jeden Zweifel erhabene bürgerliche Mehrheit darstellt, die nach Lage der Sache überhaupt zu erzielen war? 2. Ist der Zweck des Wahlschlusses, die Befreiung des sächsischen Landes und Volkes von der Herrschaft der sozialistischen Zweistimmenmehrheit und die Schaffung einer neuen mit einem starken bürgerlichen Einschlag versehenen Regierung, erreicht worden? ... Es gilt, den Tatsachen gerade ins Gesicht zu sehen, unangenehm, wie es auch festzustellen und aus der Würdigung der Ursachen die entsprechenden Lehren zu ziehen. Treibt man so der Landtagswahl gegenüber, so kommt man um die Nowendigkeit nicht herum, die beiden obengestellten Fragen zu verneinen. Das ist tief bedauerlich, aber nicht zu ändern.

Der Dresdner Anzeiger fragt: „Wozu haben wir nun eigentlich gewählt?“

Um zu erfahren, daß das sächsische Volk politisch in zwei annähernd gleiche Hälften zerfällt, deren eine sozialistisch bestimmt ist? Das hätte wohl kaum die Wahlen, Anstrengungen und — bei einem Vorkriegsstand von über 6000! — Kosten eines Wahlkampfes gelohnt. Jedermann würde es längst.

Dann beschäftigt sich der Dresdner Anzeiger mit der Regierungsabteilung. Er wirft die Frage auf, ob die Sozialdemokratie sich auch in Zukunft auf die Kommunisten stützen würde, oder ob sie sich die Hilfe der Demokraten sichern werde.

Schließlich redet der Dresdner Anzeiger der Sozialdemokratie an, die Deutsche Volkspartei in die Regierung hineinzuziehen! Das davon keine Rede sein kann, dürfte sich der Dresdner Anzeiger wohl selbst sagen. Auch die Dresdner Neuesten Nachrichten schwärmen von der Koalition der Mitte. Die Sozialdemokratie solle doch staatsmännisch sein. Es wird in dem Blatt u. a. gesagt:

Stellt man sich den Notwendigkeiten in den Vordergrund gerückten wirtschaftlichen und politischen Arbeit im Innern der größten Not der Volksgemeinschaft, dann kann man nicht zweifeln, daß, wenn sie eine Koalition der Mitte das unbedingt Notwendige für ein Land und ein Volk war, eine solche Koalition für Sachsen als das einzig Erträgliche und Mögliche bezeichnet werden muß.

Auf den gleichen Ton ist ein Artikel des Leipziger Tagesblatts gestimmt, in dem es heißt:

So wäre als politisches Ergebnis der Wahlen doch wenigstens die Möglichkeit zur Gründung unsrer Regierungsvorläufige zu haben. Die Sozialdemokraten, die in der alten Stärke in den Landtag zurückkehrten, sind jetzt um einige Erfahrungen mit den Kommunisten reicher und haben freie Hand, die Regierung gemeinsam mit den andern auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien neu aufzubauen. Auch dabei sind freilich nicht geringe Hemmnisse zu überwinden. Werden sie aber überwunden, so ist das Ergebnis eine Regierung, die sich auf 46 von 66 Landtagsstimmen, also eine Zweidrittelmehrheit, stützen kann, während Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen nur die knappe Mehrheit von vier Stimmen — 30 gegen 46 — im Landtag haben würden.

Wenn also die Wahlen überhaupt einen Sinn gehabt haben, so kann es nur der sein, daß eine Regierungskoalition aller republikanischen Parteien zustande kommt, die auf einer starken Mehrheit: stehend, mit hinreichender Autorität ausgestattet ist, um den Staat gegen seine Widersacher rechts- und links-mannhaft zu verteidigen.

Das Leipziger Tageblatt rechnet also die Deutsche Volkspartei zu den republikanischen Parteien. Wir wissen, daß die Herren von der Deutschen Volkspartei höchstens so lange Republikaner sind, wie ihnen die Trauben der Monarchie zu hoch hängen.

Die kommunistische Rote Fahne schreibt zu dem Wahlausfall:

Es wird nunmehr von den sächsischen Sozialdemokraten abhängen, ob in Sachsen endlich eine wirksame Arbeiterpolitik betrieben werden soll. Die kommunistische Partei ist gewillt, ihre Hand dazu zu bieten, die Voraussetzungen für die Errichtung einer wirklichen Arbeiterregierung, die sich auf außerparlamentarische Arbeiterorgane stützt, zu schaffen. Sie ist aber nicht gewillt, den Sozialdemokraten einen Preis für anonyme Koalitionspolitik mit dem Kaiserreich zu geben.

Zur Bildung einer Arbeiterregierung auf der Basis der sozialistischen Grundidee wird die sächsische Sozialdemokratie zweifellos bereit sein. Der Wahlausfall ermöglicht eine Arbeiterregierung, die in dem Landtag eine feste Stütze hätte. Es muß den Kommunisten überlassen bleiben, ob sie eine solche Arbeiterregierung unterstützen wollen. Eine Schaffung besonderer außerparlamentarischer Organe zur Stützung der Regierung ist völlig überflüssig. Daß die sozialistische sächsische Regierung bereit ist, besondere Organe zur Vertretung der Arbeiterinteressen zu schaffen, hat sie gezeigt, indem sie dem Landtag ein Arbeitnehmerkomitee vorgeschlagte, das bisher nur deshalb nicht zustande gekommen ist, weil der Landtag mit kommunistischer Hilfe aufgelöst wurde.

Die sozialdemokratische Presse in Sachsen und im Reich stellt mit großer Betrübnis fest, daß der bürgerliche Anstand in Sachsen abgeschlagen worden ist und begrüßt den Erfolg der sächsischen Sozialdemokratie.